

Umweltpolitik für Köln – Grundlage unseres Lebens und Standortfaktor

Eine stabile Umwelt - die Grundlage unseres Lebens und Wohlstands - ist nur zu haben, wenn wir sie weniger belasten und die vorhandenen Ressourcen effizienter nutzen. Umweltschutz muss daher als Querschnittsfunktion in allen Feldern einer modernen und zukunftsorientierten Stadtpolitik Berücksichtigung finden.

Die Stadt Köln ist Mitglied im Städtenetzwerk „Klima-Bündnis“. Damit hat sie sich zu verstärkten Anstrengungen und besonderem Engagement verpflichtet.

Alle Verwaltungsverfahren sind mit dem Ziel zu überprüfen, einen effektiveren Umweltschutzes zu gestalten. Die Kompetenzen für den gesamten Umweltschutz sind zu koordinieren und zu konzentrieren, das heißt Es sind die organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen, dass Umweltschutz in allen Verwaltungsbereichen effizient umgesetzt wird.

Gesunde Umgebungsbedingungen in einer attraktiven Stadt

Die Qualität der Luft soll hohen Ansprüchen genügen. Mit dem „Luftreinhalteplan Köln“ und der Umweltzone sind erste Schritte vollzogen worden. Wir werden aber prüfen, ob diese Maßnahmen ausreichen, und uns dafür einsetzen, dass auch die weiter sinkenden Grenzwerte, vor allem bei den Stickoxyden, durch geeignete Schritte zeitnah eingehalten bzw. unterschritten werden.

In einer Metropole wie Köln existieren zwangsläufig viele Lärmquellen durch Industrie, Gewerbe, Verkehr und Aktivitäten auf Baustellen und in der Nachbarschaft. Damit die Lärmbelastungen für die Menschen in unserer Stadt möglichst wirksam reduziert und in einem erträglichen Rahmen gehalten werden, sollen auf der Grundlage der vorliegenden Erkenntnisse, zum Beispiel der Lärmkarte der Stadt Köln, folgende Maßnahmen zur Lärminderung ausgearbeitet und umgesetzt werden:

- Unter dem Aspekt der Lärmreduzierung ist das Gesamtverkehrskonzept zu überprüfen und zu überarbeiten.
- Die Deutsche Bahn ist einzubinden, um die Lärmbelastungen, die insbesondere nachts und gerade auch an Güterverkehrsstrecken auftreten, spürbar einzudämmen.
- Die Möglichkeiten zur weiteren Reduzierung von Fluglärm sind zu überprüfen.
- Bauliche und technische Möglichkeiten der Lärmreduzierung (zum Beispiel Flüsterasphalt) sind so weit wie möglich zu realisieren.

- Die Nutzung von Programmen der EU oder des Bundes zum Einbau von Lärmschutzfenstern ist zu fördern.
- Die städtischen Betriebe und Gesellschaften haben bei der Reduzierung von Lärm eine Vorbildfunktion (zum Beispiel bei der Stadtreinigung, Müllabfuhr, Bauvorhaben).
- Der Aspekt der Lärmreduzierung ist bei der Vergabe von Aufträgen zu berücksichtigen.
- Ordnungspolitischen Maßnahmen sind konsequent durchzuführen, damit die Grenzwerte bei Bau- und Nachbarschaftslärm eingehalten werden.

Durch gezielte Informations-Kampagnen sind Verhaltensänderungen zu fördern, die zu einer Lärmreduzierung beitragen.

Verantwortungsvolle und nachhaltige Energiepolitik

Die Energiepreisexplosion und die drohenden Klimaveränderungen machen die nachhaltige Versorgung mit Energie und die effiziente Nutzung zur zentralen Herausforderung der kommunalen Energiepolitik.

Aufgrund der dichten städtischen Bebauung und des hohen Wirkungsgrades setzt die KölnSPD auf eine dezentrale Energieversorgung mit Kraft-Wärmekopplung und auf die verstärkte Nutzung aller regenerativen Energien.

Motor für die nachhaltige Energiepolitik ist unser Versorger RheinEnergie - dank der KölnSPD immer noch im Eigentum der Stadt Köln.

Der Anteil der regenerativen Energie, die zugekauft werden muss, soll schrittweise erhöht werden. Die Stadt Köln soll ihren Einfluss auf städtische Gesellschaften ausüben (GAG, Rheinenergie, Köln-Bäder GmbH), um den Einsatz erneuerbarer Energien zu fördern.

Ein weiteres Ziel sind der Ausbau und die Verdichtung des Fernwärmenetzes in Köln. Angestrebt wird eine Flächendeckung, gefordert wird eine optimale Nutzung. Vorlaufkosten müssen in Kauf genommen werden. Wo Fernwärme nicht möglich ist, sollen Nahwärmeinseln erschlossen werden. Vorhandene Blockheizkraftwerke, zum Beispiel in Schwimmbädern, sind zu optimieren und können sich mit Nachbarn zu Nahwärmenetzen verbinden.

Schließlich sollte die Sonnenwärme direkt genutzt werden. Hierzu soll die Verwaltung ein Kataster erstellen, das Nutzungsflächen für Solaranlagen auf städtischen Gebäuden ausweist. Hier können sich Bürger zusammenschließen und „solare Bürgerkraftwerke“ erstellen. Die Stadt soll diese Projekte unterstützen. Es wird Zeit: Wir wollen ein sonnenbeheiztes Kölner Freibad!

Zunehmend vorurteilslos anerkannt wird die umweltschonende Erzeugung von Strom und Fernwärme durch Müllverbrennung: Aus Abfall wird Energie gemacht!

Regenerative Energie liefert aber auch das Großklärwerk in Stammheim. Aus energiereichem Klärgas wird in Blockheizwerken Strom und Fernwärme erzeugt. Dieses Biogas braucht keine Felder, auf denen Nahrungsmittel wachsen könnten - es genügt unser Abwasser. Die Abwärme des Klärwerks soll künftig die Großsiedlung Neu-Stammheim heizen - erneuerbare Energien, wo man sie kaum vermutet.

Die KölnSPD setzt sich dafür ein, dass das beschlossene Programm „Energiemanagement“ der Stadt zügig umgesetzt wird. Das Ziel ist eine jährliche Energieeinsparung von 5 Prozent in den städtischen Gebäuden. Der jährliche Energiebericht soll verbessert, standardisiert, fortgeschrieben und veröffentlicht werden.

Sozialpolitische Flankierung der Umwelt- und Energiepolitik

Die KölnSPD hat frühzeitig auf sozial ausgewogene und kostengerechte Energiepreise gedrungen und setzt sich dafür ein, dass sie in Köln schnell umgesetzt und durch gezielte Energieberatungen ergänzt werden. Grundsätzlich sollen nicht höhere Energiepreise subventioniert, sondern Maßnahmen unterstützt werden, die den Energieverbrauch senken. Jede Kilowattstunde soll künftig gleich viel kosten, flankiert durch eine billigere Grundmenge. Denkbar ist auch ein geringerer Tarif in den Nachtstunden. Schon das führt zu einem höheren Anreiz, effizientere Geräte zu kaufen, die zwar mehr kosten, sich aber durch geringere Verbrauchskosten rechnen.

Aus den Erlösen der Netzgebühren sollen besonders effiziente langlebige Elektrogroßgeräte vom Kölner Stromversorger RheinEnergie vorfinanziert werden - aus den Stromeinsparungen werden sie zurückgezahlt. Es werden nur Best-Geräte (etwa A++-Kühlgeräte) finanziert.

Eine kommunale Informations- und Umsetzungsinitiative ist dafür erforderlich, weil die Ökolabel völlig veraltet sind, eine Anpassung auf der EU-Ebene aber viel zu lange dauert. Mit einer Werbekampagne könnten Energiesparlampen an sozial schwächere Haushalte verteilt werden.

Damit der Wohnungsbestand möglichst schnell saniert wird, werden ebenfalls Umsetzungsinitiativen auf kommunaler Ebene - trotz guter Darlehens- und Zuschussprogrammen des Bundes - nötig sein. Ohne die Sanierungsbereitschaft der Wohnungseigentümer werden Mieter kaum eine Chance haben, den explodierenden Heiz-, Warmwasser- und Stromkosten auszuweichen.

Innerstädtische Grünflächen - Stadtteilgrünflächen

Die innerstädtischen Grünflächen sollen so ausgebaut werden, dass in jedem Stadtbezirk stadtteilnahe kleinere Grünflächen geschaffen werden. Zusammenhängende Grünflächen, wie zum Beispiel die Rennbahn, müssen erhalten bleiben.

Der Ausbau des Inneren Grüngürtels soll im Kölner Süden bis zum Rhein in angemessener Breite fortgesetzt werden.

Es ist ein stadtweites Flächenmanagement einzuführen, das alle entscheidungsrelevanten Belange (Altlasten, Landschafts- und Artenschutz, Erschließung und so weiter) berücksichtigt.

Leben am und mit dem Rhein

An den Uferflächen des Rheins treffen unterschiedliche Nutzerinteressen aufeinander: Auf der einen Seite besteht der Wunsch, das Rheinufer baulich oder durch aktive Freizeitgestaltung zu nutzen; auf der anderen Seite sind viele Uferbereiche als Lebensbereiche für Tiere und Pflanzen sowie als Retentions- und Überflutungsflächen im Rahmen des städtischen Hochwasserschutzes bedeutsam. Auch als Bereiche zur Erholung sind die Uferzonen des Rheins unverzichtbar.

Die KölnSPD setzt sich dafür ein, dass die Uferbereiche auf beiden Rheinseiten frei zugänglich bleiben beziehungsweise zugänglich gemacht werden. Dies muss auch gewährleistet bleiben, wenn zum Beispiel im Rahmen von Projekten wie „Wohnen am Strom“ die Uferbereiche bebaut werden.

Hochwasserschutz ist zum einen Umweltschutz und zum anderen Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Wertverlusten. Die KölnSPD tritt dafür ein, das 1996 verabschiedete Hochwasserschutzkonzept der Stadt Köln weiter umzusetzen und zu optimieren.

Umweltgerechte Entsorgung von Abfällen und Abwasser

Die KölnSPD steht für einen umweltgerechten und bezahlbaren Umgang mit den Abfällen der Konsumgesellschaft. Umweltgerechte Verwertung und sichere Entsorgung von Abfällen sind ein hohes Gut.

Grundlage ist das Prinzip der Kreislaufwirtschaft. Das bedeutet: Abfälle sind in erster Linie zu vermeiden. Nicht vermeidbare Abfälle sollen möglichst hochwertig verwertet oder ordnungsgemäß entsorgt werden. Die KölnSPD strebt eine Ausweitung der Verwertungsquoten in Köln an.

Wenn Abfälle zur Entsorgung anfallen, müssen diese sicher entsorgt werden. Dazu muss die Restmüll-Verbrennungsanlage Köln (RMVA) stetig modernisiert und an steigende Umweltstandards angepasst werden, damit sie auch zukünftig noch als Europas modernste, sicherste und umweltfreundlichste Anlage gelten kann. Dies dient auch der

Verbesserung der Situation der Anwohner im Kölner Norden, die wir im Blick haben, und die vom neuen, von uns initiierten Anlieferkonzept (weniger LKW-Anlieferungen) profitieren werden. Verbrennung von Müll aus dem Ausland lehnt die KölnSPD grundsätzlich ab.

Eine moderne Verwertungs- und Entsorgungsinfrastruktur kostet auch Geld - das Geld der Gebührenzahler. Die KölnSPD steht für einen effizienten, kostengünstigen Einsatz der Mittel und ist sich der sozialen Dimension des Themas bewusst. Abfallgebühren dürfen sich nicht zur zweiten Miete entwickeln. Auch bei den Abfallgebühren ist die KölnSPD die Partei der Gerechtigkeit. Gebührengerechtigkeit bedeutet für uns eine gerechte Beteiligung aller Nutzer an den hohen Fixkosten des Entsorgungssystems (circa 80 Prozent). Unter diesem Leitgedanken werden wir die Abfallgebührensatzung mit Augenmaß fortentwickeln.

Die KölnSPD setzt sich auch in diesem Bereich dafür ein, alle notwendigen Maßnahmen zum Schutz des Grundwassers und der Gewässer vor Verunreinigungen durch Abwasser durchzuführen. Dabei sollen die sozialen Auswirkungen durch steigende Abwassergebühren berücksichtigt werden.

Wir wollen Beschaffungsrichtlinien, die den Umweltschutz fördern

Wir setzen uns für einen umweltfreundlichen Einkauf und eine umweltfreundliche Auftragsvergabe durch die Stadt Köln und die städtischen Gesellschaften ein. Zudem kann sie Vorbildfunktion gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern übernehmen.

Die Stadt Köln kauft jedes Jahr in großem Umfang Güter wie Papier, Büromöbel, Bodenbeläge, Büromaterial, Reinigungsmittel, Lebensmittel, Computer, Drucker, Dienstwagen, etc. ein. Mit Beschaffungsrichtlinien, die konkrete Umweltvorgaben für die einzelnen Produktgruppen verpflichtend machen, kann die Stadt Köln maßgeblich zum Umweltschutz beitragen. Dabei soll der EU-Empfehlung, bei mindestens der Hälfte aller Einkäufe der Stadt umweltfreundliche Produkte zu kaufen, entsprochen werden.

Nachhaltige Verhaltensänderungen durch Umweltbildung

Um nachhaltige Verhaltensänderungen zu erreichen, ist es erforderlich, umweltgerechtes Verhalten durch Maßnahmen der Umweltbildung zu unterstützen und zu fördern. Hier besteht noch erheblicher Nachholbedarf.

Die KölnSPD unterstützt daher die Bestrebungen, die Beratungen zum Thema Abfall/Sauberkeit in den schulischen und außerschulischen Bildungseinrichtungen zu intensivieren. Darüber hinaus sollte der Schwerpunkt der Schulungs- und Informationsmaßnahmen Fragen der Energieeinsparung betreffen.

Die KölnSPD setzt sich dafür ein, dass durch die Stadtverwaltung und geeignete Träger praxisnahe Schulungs- und Informationsmaßnahmen entwickelt und durchgeführt werden.

Zielgruppen sind Schulen und Kindergärten, Privathaushalte, Vermieter, Industrie, Handwerk, Handel, Gewerbe und Verwaltungen, eingeschlossen Mitarbeiter der Stadtverwaltung, Planer und Architekten.